



# Protokoll der 27. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

---

Datum: 17. Mai 2022  
Ort: Bundesamt für Justiz, Bern  
Zeit: 10.00 bis 13.30 Uhr

---

Aktenzeichen: 924-3720/2/2

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
<b>Mitglieder</b>	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mit- glied Ausschuss Soforthilfe
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Im- menhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsiden- tin der Schweizerischen Archivrektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
<b>Entschuldigt:</b>	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergut- machunginitiative, Betroffener
	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
<b>Protokoll:</b>	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM, Stv. Kommissionssekretär



## **1 Begrüssung und Mitteilungen**

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Entschuldigen mussten sich: Guido Fluri und Elsbeth Aeschlimann.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 3. März 2022 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten. Es gab nach dem Versand noch eine kleine Ergänzung bzgl. der bestehenden Prioritätenregelung bei Krankheit oder hohem Alter, welche später in der Sitzung besprochen werden soll.

Zum Traktandum Mitteilungen führt der Präsident zunächst aus, dass er alle Dossiers der Fall-Listen vom März und April 2022 durchgesehen habe. Dies sei erfolgt, um zu prüfen, ob die bisherigen Wünsche und Anregungen aus der Kommission zur Gestaltung der Fallblätter berücksichtigt worden seien. Dies habe auch die Gelegenheit gegeben, die aktuelle Priorisierungspraxis von gesuchstellenden Personen mit hohem Alter und/oder Krankheit zu überprüfen. Nach seinen Feststellungen sei vor allem die Gestaltung der Dossiers auf der Monatsliste April nun leichter und besser nachvollziehbar.

Der Präsident informiert weiter über die Tagung "Rechtlosigkeit im Rechtsstaat", welche am 24. Juni 2022 an der Universität Fribourg durchgeführt werde; Urs Germann werde die Tagung u.a. einführen. Inhalt der Veranstaltung solle eine fundierte Auseinandersetzung mit den Untersuchungsergebnissen der "UEK Administrative Versorgungsungen" sein. Die Mitglieder der Kommission werden die Informationen zu der Veranstaltung im Nachgang zur Sitzung noch per Mail erhalten. Anmeldefrist für die Veranstaltung sei bis zum 10. Juni 2022.

Weiter finde am 30. Juni 2022 eine Tagung in Berlin statt, welche durch die deutsche unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs organisiert werde. Die Kommission möchte eine gesetzliche Regelung zur Sicherung des Zugangs bzw. zur Sicherung der Aktenbestände in Deutschland schaffen, welche sich an der gesetzlichen Regelung und Praxis in der Schweiz inspirieren könnte. Sowohl der Präsident als auch Barbara Studer, werden – auf Einladung hin – an der Tagung teilnehmen und die Schweizer Regelung präsentieren.

Der Präsident informiert zudem über den aktuellen Stand der Arbeiten im NFP 76. Momentan würden die Vorbereitungsarbeiten für die Synthese laufen. Geplant seien drei sektorische Synthesebände zu einzelnen Aspekten und zum Abschluss die Publikation einer Gesamtsynthese.

Reto Brand erwähnt, dass der Fachbereich FSZM ein positives Feedback aus der Finanzkommission des NR (Frau NR Sollberger) erhalten habe, welche im Rahmen der Beratung der Staatsrechnung 21 insbesondere die Professionalität sowie die Qualität der Abwicklung bei der Gesuchsbearbeitung der Solidaritätsbeiträge lobend erwähnt habe. In dieses Lob eingeschlossen sei natürlich auch die Arbeit der Kommission.

Zudem weist Reto Brand daraufhin, dass das nach der Pandemie erstmals wieder seit längerem stattfindende Sommerfest 2022 (18. Juni 2022) vor der Tür stehe. Im Vorfeld des Sommerfestes habe das BJ in einer administrativ etwas aufwendigeren Aktion über 10'000 Betroffene brieflich über den Anlass informiert und auch auf die ersatzlose Aufhebung der Einreichungsfrist für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag (und damit auf die weiter, d.h. lebenslang bestehende Möglichkeit einer Gesuchseinreichung für Betroffene) aufmerksam gemacht. Zusammen mit dem Brief seien sowohl eine Broschüre für das Erzählbistro als auch eine solche für das Sommerfest versandt worden. Bereits verstorbene Betroffene und solche, von denen das BJ aus einem früheren Kontakt bereits wusste, dass sie keinen weiteren Kontakt

mit dem BJ wünschten, seien nicht angeschrieben worden. Der Versand sei aus Datenschutzgründen (das BJ gibt nie Informationen zu einzelnen Opfern an Dritte heraus) direkt durch das BJ erfolgt und die Guido Fluri Stiftung als Organisatorin des Sommerfestes habe deshalb vom BJ entsprechend auch keine Adresssätze von Betroffenen erhalten, obwohl dies vieles vereinfacht hätte. Die angeschriebenen Personen wurden gebeten, ihre Anmeldung für das Sommerfest direkt an die Guido Fluri Stiftung zu richten und nicht das BJ. Herr Allemann wie auch andere Mitglieder der Kommission haben anscheinend keine Einladung erhalten, da sie kein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gestellt hatten. Herr Allemann werde im Anschluss der Sitzung mit der Guido Fluri Stiftung Kontakt aufnehmen, damit die Kommissionsmitglieder ebenfalls noch eine Einladung für das Sommerfest erhielten. Reto Brand fügt an, dass in Zukunft bei der Bearbeitung von Gesuchen bzw. bei einer Gutheissung die Flyer zum Erzählbistro bzw. zum Sommerfest direkt mit der Verfügung als Beilagen mitgeschickt würden. Mit der regelmässigen Durchführung der Erzählbistros könne nämlich dem rechtlichen Auftrag zur Schaffung von Möglichkeiten, welche den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Betroffenen erlauben, auf eine sinnvolle Weise nachgekommen werden. Mit diesen Massnahmen sollte nun sichergestellt sein, dass alle Personen, deren Gesuch entweder bereits gutgeheissen worden ist bzw. bei denen dies in Zukunft noch der Fall sein wird, Kenntnis vom Erzählbistro und dem Sommerfest haben bzw. erhalten. Unter der Voraussetzung, dass sich in Zukunft nichts Wesentliches ändert, werde das BJ daher keinen vergleichbaren Massenversand mehr durchführen.

Des Weiteren erwähnt er, dass pro Monat beim BJ nach wie vor etwa 20-30 Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag eingehen würden – Tendenz aktuell gerade wieder etwas steigend. Diese Gesuche seien in der Tendenz schwieriger und komplexer zu bearbeiten, da es sich vielfach vermehrt um Grenzfälle handle. Barbara Studer beobachte auch beim Staatsarchiv Bern einen Anstieg der Aktensuchaufträge FSZM; sie könne sich diesen jedoch – wie auch das BJ – nicht wirklich erklären.

Schliesslich weist Reto Brand auf ein jüngst ergangenes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. März 2022 hin.<sup>1</sup> In diesem Fall sei der Gesuchsteller ab Geburt zunächst in ein Diakoniewerk und später in eine Pflegefamilie platziert worden, welche ihn im Alter von 2 ½ Jahren (altrechtlich) adoptiert habe. Im Alter von 11 ½ Jahren sei das Adoptionsverhältnis dem neuen Adoptionsrecht unterstellt worden. Der Gesuchsteller machte geltend, dass es sich in seinem Fall um eine Zwangsadoption gehandelt habe und er insbesondere ab dem schulpflichtigen Alter Integritätsverletzungen durch seine Adoptiveltern erlitten habe. Da der Gesuchsteller lediglich Integritätsverletzungen *nach* erfolgter Adoption (und nach Auffassung des BJ somit nach dem Ende der Fremdplatzierungen) geltend machte, wies das BJ sowohl sein Gesuch (nach entsprechender Empfehlung der Kommission) als auch eine dagegen erhobene Einsprache ab.

Das BVerG bejahte hingegen aufgrund verschiedener Indizien eine Zwangsadoption nicht nur bei der Kindesmutter, sondern auch beim Beschwerdeführer, obwohl das Gericht in der Begründung seines Entscheides erwähnte, dass grundsätzlich nur die Mutter Opfer einer Zwangsadoption sein könne. Es wies den Fall ans BJ mit der Auflage zurück, abzuklären, ob der Gesuchsteller auch *nach* erfolgter Adoption (schwere) Integritätsverletzungen erlitten habe.

---

<sup>1</sup> Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-6185/2020 vom 30. März 2022 (siehe [www.bvger.ch](http://www.bvger.ch) > Entscheidungsdatenbank > Suchbegriff B-6185/2020).

Reto Brand erläutert, dass dieser Entscheid des BVerG in verschiedenen Punkten Grundsatfragen bei der Auslegung von Artikel 2 AFZFG stelle und insbesondere der bisher geübten Praxis des BJ bei (Zwangs-) Adoptionsfällen widerspreche. Voraussichtlich werde man deshalb ausnahmsweise wohl das Bundesgericht um Klärung dieser Fragen bitten.

Reto Brand erwähnt weiter die sog. Fallblattvorlage, welche das BJ in zwischenzeitlich überarbeiteter Form bei Fällen, bei denen eine Gutheissung vorgesehen wird, verwenden werde. Diese sei nicht zuletzt auch das Ergebnis der Diskussionen und Anmerkungen aus der Kommission. Zukünftig werde das BJ nur noch diese Vorlage verwenden. Die Kommission führt in der Folge eine kurze Diskussion und äussert sich insbesondere zu einem Passus, in dem präzisiert wird, welche Sachverhalte zur juristischen Begründung der Opfereigenschaft im Rahmen des AFZFG nicht berücksichtigt werden (können). Sie empfiehlt, diesen Passus zu streichen, weil er zum einen wie ausdrücklich erwähnt nicht entscheidungsrelevant ist und weil er zum andern Formulierungen enthält, die missverstanden werden könnten und deshalb bei einer Beibehaltung angepasst werden müssten. Der Fachbereich ist mit der Streichung einverstanden.

Der Präsident thematisiert als letzten Punkt noch die bisherige Prioritätenregelung bei Gesuchen von Personen mit hohem Alter und/oder (schwerer) Krankheit. Diese Regelung sei seinerzeit aus der Sorge heraus entstanden, angesichts der im Hinblick auf das Inkrafttreten des Gesetzes vermuteten hohen Anzahl von eingehenden Gesuchen eine sachgerechte Regelung zu treffen, die erlaubt, dass Gesuchstellende mit voraussichtlich nur noch eher kurzer Lebenserwartung schneller als andere Gesuchsteller einen Entscheid und ggf. den Solidaritätsbeitrag erhalten. Die Pendenzen hätten in der Zwischenzeit abgearbeitet werden können und die Situation habe sich zum Guten verändert. Deshalb könne man die bisherige Priorisierungspraxis bzw. die sich daraus ergebenden Abläufe auch auf allfällige Optimierungen hin überprüfen. Das BJ gebe sich offen für eine allfällige leichte Anpassung der bisherigen Regelung.

Urs Allemann spricht sich insbesondere für die Priorisierung von älteren Personen aus, bei welchen sich der Gesundheitszustand schnell und unerwartet verschlechtern könne. Barbara Studer erkundigt sich, wie viel Zeit durch das vom BJ etablierte "Express-Verfahren" eingespart werde, das bei sehr alten und/oder schwer kranken Personen zur Anwendung gelangt. Yves Strub erläutert, dass Gesuchstellende im Express-Verfahren den Entscheid bzw. vor allem den Solidaritätsbeitrag, bis zu 2 Monate früher erhalten würden, als wenn ihr Gesuch im Normalverfahren behandelt würde. Christian Raetz spricht nochmals die Prioritätenregelung bei Krankheit (Fall der eingeschränkten Lebensqualität) an und dass dabei gemäss Praxis des BJ zusätzlich noch eine rasche Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Person als möglich betrachtet werden müsse. Für den Präsidenten ist dies ein Indiz für eine eingeschränkte Lebenserwartung. Er gehe deshalb bei Krankheit grundsätzlich immer dann von einem Prioritätsfall aus, wenn aus medizinischen Gründen die Lebenserwartung massiv verkürzt sei, d.h. nur noch wenige Wochen oder Monate Lebenserwartung bestehe, was für ihn bspw. auch bei mehreren vorgängigen Herzinfarkten einer gesuchstellenden Person der Fall sei. Die Prioritätenregelung findet bei der Kommission – unter Berücksichtigung der diskutierten kleineren Anpassungen und Präzisierungen – nach erfolgter Diskussion grundsätzliche Unterstützung.

## **2 Diskussion von Einzelfalldossiers**

### **2.1 Im Zirkularverfahren geprüfter Fall (Monatslisten)**

Bei einem Fall der Monatsliste Dezember 2021 habe der Präsident gewünscht, dass in Bezug auf die geltend gemachten Beeinträchtigungen noch Zusatzabklärungen gemacht werden,

weil er die diesbezüglichen Angaben als zu wenig ausreichend erachtet habe. Dies sei vom Fachbereich veranlasst worden, welcher nach dem Ergebnis der Zusatzabklärungen weiterhin eine Gutheissung vorschlägt. Dies aufgrund der zusätzlichen Ausführungen bezüglich psychischer als auch physischer Gewalt, welche die gesuchstellende Person während den Fremdplatzierungen erlitten habe. Die beratende Kommission folgt diesem Vorschlag.

## **2.2 Fälle aus früheren Sitzungen**

- Bei einem Gesuch wurden anlässlich der letzten Kommissionssitzung von den Mitgliedern weitere Abklärungen bzgl. der geltend gemachten Beeinträchtigungen verlangt. Diese Abklärungen sind durch den Fachbereich zwischenzeitlich erfolgt, welcher aufgrund des Ergebnisses der Zusatzabklärungen in seiner Einschätzung noch bestärkt wurde, das Gesuch gutzuheissen. Der hierzu bereits im zeitlichen Vorfeld der Sitzung kontaktierte Präsident sei zum gleichen Schluss gekommen, weshalb die positive Verfügung bereits habe versendet werden können. Entsprechend sei das Gesuch in diesem speziellen Fall nur noch zur Information bzw. allfällig nachträglicher Stellungnahme an die Mitglieder unterbreitet worden.
- Bei einem weiteren Gesuch wurde anlässlich der letzten Kommissionssitzung das BJ er sucht, das Fallblatt und insbesondere die rechtliche Würdigung nochmals zu überarbeiten, was mittlerweile erfolgt sei. Der Fachbereich schlägt weiterhin die Gutheissung des Gesuchs vor. Auf der Grundlage der überarbeiteten Begründung folgt die beratende Kommission diesem Vorschlag.

## **2.3 Neue Fälle**

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 9 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 7 Fällen eine Abweisung und in 2 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission ein Gesuch gutzuheissen und sieben Gesuche abzuweisen. Bei einem Gesuch konnte sich die Kommission auch nach längerer eingehender Diskussion nicht auf eine Empfehlung einigen und überlässt den Entscheid damit dem BJ. Dieses solle die Kommission anlässlich der nächsten Sitzung über den getroffenen Entscheid informieren.

## **3 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)**

Reto Brand erwähnt, dass das Konzept für die Valorisierung nun fertig ausgearbeitet sei und dass sich das Geschäft in der Direktion des BJ befinde. Die ersten Signale seien positiv. Geplant sei, dass sich das Departement und in der Folge wohl letztlich auch der Bundesrat mit der vorgeschlagenen Erfüllung des gesetzlichen Auftrags (Art. 15 AFZFG) werde befassen müssen. Dann werde man auch klarer darüber informieren können. Berücksichtigt werden müssten wohl in jedem Fall auch die Ergebnisse des NFP 76, die voraussichtlich im Jahr 2024 publik werden. Er gehe demnach eher davon aus, dass der Hauptteil der geplanten Massnahmen im ungefähren Zeitraum 2024-2027 öffentlich sicht- und nutzbar werde, sofern bzw. soweit der Bundesrat hierzu seine Zustimmung gibt. Erste Planungen und Vorbereitungen hierzu müssten freilich aber schon vorher angegangen werden.

## **4 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)**

Yves Strub informiert, dass das BJ eine Finanzhilfe für das Selbsthilfeprojekt « Pauvreté-Identité-Société » von ATD Quart Monde bewilligt habe. Das BJ habe bereits 2019 ein Projekt von ATD Quart Monde (« Bâtir ensemble un savoir émancipateur au bénéfice de tous »)

finanziell unterstützt. In diesem hätten Betroffenen in Gesprächsrunden und kleineren Arbeitsgruppen die Möglichkeit gehabt, sich zu verschiedenen zentralen Themen (z.B. Armut, behördliche Massnahmen) mit Fachleuten aus der Praxis und Wissenschaft auszutauschen und ihre Sicht der Dinge und Anliegen darzulegen. Die Ergebnisse aus diesen Diskussionen sollen nun in dem neuen Projekt verschriftlicht werden und zu einer Art Synthesebericht geformt werden. Dabei sollen die Betroffenen auch wieder eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung und Erstellung des Berichtes spielen, wie auch bei dessen Verbreitung in Institutionen etc.

Yves Strub weist abschliessend noch auf das im Juni stattfindende und weit überwiegend von der Guido Fluri-Stiftung finanzierte Sommerfest hin, welches auch als eine besondere Art eines erweiterten Erzählbistro angesehen werden könne. Das Sommerfest sei ein wichtiger Punkt in der Agenda der Betroffenen und eine ideale Austauschplattform für diese. Damit werde insbesondere auch dem Anliegen von Art. 12 AFZfV Rechnung getragen.

## **5 Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 23. August, voraussichtlich von 10 bis 14 Uhr, stattfinden. Über die Durchführungsart bzw. -ort werde kurzfristig entschieden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 13.30 Uhr geschlossen.



# Procès-verbal de la 27<sup>e</sup> réunion de la commission consultative (Cocosol)

---

Date : 17 mai 2022  
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne  
Heure : de 10h à 13h30

---

N° de dossier : 924-3720/2/2

<b>Présidence :</b>	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
<b>Membres :</b>	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
<b>Excusés :</b>	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
<b>Ex officio :</b>	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
<b>Procès-verbal :</b>	Yves Strub	OFJ / unité MCFA, secrétaire de commission suppléant

Office fédéral de la justice OFJ  
Secrétariat MCFA  
Bundesrain 20  
3003 Berne  
Tél. +41 58 462 42 84  
sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch  
www.ofj.admin.ch



## 1 Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Guido Fluri et Elsbeth Aeschlimann sont excusés.

Le procès-verbal de la précédente réunion en date du 3 mars 2022 a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la présente réunion ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ deux semaines. Tout le monde les a visiblement reçus à temps. Un petit complément a été apporté aux documents après l'envoi ; il concerne le traitement prioritaire des dossiers de personnes malades ou très âgées, à discuter plus tard lors de la séance.

Au titre des communications, le président explique avoir contrôlé tous les dossiers des listes de mars et avril 2022, et ce pour vérifier si les souhaits et propositions de la commission s'agissant de la conception des descriptifs de cas avaient été pris en compte. Il a par la même occasion réexaminé la pratique de traitement prioritaire des dossiers de personnes malades ou très âgées. Selon son constat, l'ordre de priorité des dossiers de la liste d'avril est à présent plus facile à comprendre.

Le président informe la commission que la conférence « L'absence de droit dans l'État de droit » se déroulera à l'Université de Fribourg le 24 juin 2022. Urs Germann en fera notamment l'introduction. Le but de la conférence est de revenir en profondeur sur les résultats des recherches de la CIE « Internements administratifs ». Les membres de la commission recevront des informations sur la conférence par courriel à l'issue de la séance. Le délai d'inscription est fixé au 10 juin 2022.

Une conférence organisée par la commission indépendante d'experts allemande sur les abus sexuels commis sur des enfants a par ailleurs lieu le 30 juin 2022 à Berlin. Ladite commission souhaite élaborer une réglementation légale pour assurer la conservation des dossiers et permettre l'accès aux archives ; cette réglementation pourrait s'inspirer de celle de la Suisse et de sa pratique en la matière. Le président et Barbara Studer prendront part à la conférence sur invitation et présenteront la réglementation suisse.

Le président revient sur l'état des travaux relatifs au PNR 76. Les travaux de préparation de la synthèse sont en cours. Trois volumes sont prévus, chacun consacré à un aspect précis ; une synthèse d'ensemble sera publiée pour conclure.

Reto Brand annonce que l'unité MCFA a reçu un retour positif de la Commission des finances du Conseil national (plus précisément de la conseillère nationale Sandra Sollberger), qui a loué lors des délibérations sur les comptes 2021 le professionnalisme et la qualité du traitement des demandes de contributions de solidarité. Ces louanges s'adressent naturellement aussi à la commission.

Reto Brand rappelle que la fête estivale, empêchée au cours des dernières années, approche à grands pas (18 juin 2022). En amont de la fête, dans le cadre d'une action de grande ampleur, l'OFJ a informé plus de 10 000 personnes concernées par courrier de la tenue de l'événement, et réitéré l'information selon laquelle le délai de dépôt des contributions de solidarité avait été supprimé pour que les victimes puissent déposer une demande à tout moment. L'OFJ a envoyé avec le courrier un prospectus du Bistrot d'échange et un autre de la fête estivale. Aucun courrier n'a été adressé aux personnes concernées décédées ni à celles dont il était notoire qu'elles ne souhaitaient plus avoir de contacts avec l'OFJ. L'office s'est chargé de l'envoi pour des motifs de protection des données (l'OFJ ne transmet jamais d'informations relatives à des victimes à des tiers) ; la Fondation Guido Fluri en tant qu'organisatrice de la fête estivale n'a pas reçu de listes d'adresses, même si cela aurait considérablement facilité les choses. Les destinataires du courrier ont été priés d'envoyer leur inscription à la fête estivale directement à la Fondation Guido Fluri et non à l'OFJ. M. Allemann et d'autres membres de la commission n'ont apparemment pas reçu d'invitation,



car ils n'ont pas déposé de demande de contribution de solidarité. M. Allemann prendra contact avec la Fondation Guido Fluri après la séance, afin que les membres de la commission reçoivent aussi une invitation. Reto Brand ajoute qu'à l'avenir, l'unité MCFA ajoutera un prospectus du Bistrot d'échange et un autre de la fête estivale à tous les courriers relatifs au traitement ou à l'approbation de demandes de contributions de solidarité. Les séances du Bistrot d'échange sont un bon moyen de remplir le mandat légal consistant à créer des possibilités d'échange d'informations et d'expériences entre les personnes concernées. L'envoi des prospectus permettra de garantir que toutes les personnes dont la demande a déjà été approuvée ou le sera à l'avenir auront connaissance de l'existence du Bistrot d'échange et de la fête estivale. Si rien ne change fondamentalement à l'avenir, l'OFJ ne fera plus d'envoi de masse comme il vient de le faire.

Reto Brand évoque que l'OFJ reçoit chaque mois 20 à 30 demandes de contributions de solidarité, avec actuellement une tendance à la hausse. Ces demandes sont en général plus difficiles à traiter et plus complexes ; il s'agit souvent de cas-limites. Barbara Studer observe elle aussi une augmentation des demandes de recherche de dossiers en rapport avec des MCFA aux Archives cantonales bernoises sans pouvoir vraiment se l'expliquer non plus.

Reto Brand relate un arrêt récent du Tribunal administratif fédéral (TAF) du 30 mars 2022<sup>1</sup>. Dans le cas concerné, l'auteur de la demande de contribution de solidarité avait été placé dès la naissance auprès d'institutions diaconales, puis au sein d'une famille qui l'a adopté à l'âge de deux ans et demi (selon l'ancien droit). Le nouveau droit de l'adoption a pris le relais lorsqu'il avait onze ans et demi. Le requérant a fait valoir qu'il s'agissait d'une adoption forcée et qu'il avait subi des atteintes à l'intégrité de la part de ses parents adoptifs surtout à partir de l'âge scolaire. Le requérant n'ayant fait valoir que des atteintes à l'intégrité subies *après* son adoption (et donc, de l'avis de l'OFJ, après la fin de son placement extrafamilial), l'OFJ a rejeté sa demande (sur recommandation de la commission), de même que son opposition à cette décision.

Le TAF, sur la base de divers indices, a quant à lui confirmé l'adoption forcée, non seulement au préjudice de la mère, mais aussi du recourant, et ce bien qu'il ait noté sans ses considérants que seule la mère pouvait être victime d'adoption forcée. Il a renvoyé le cas à l'OFJ en le priant d'examiner si le requérant avait subi des atteintes (graves) à l'intégrité *après* son adoption.

Reto Brand explique que cet arrêt du TAF pose des questions de principe quant à l'interprétation de l'art. 2 LMCFA et, en particulier, quant à la pratique de l'OFJ relative aux adoptions (forcées). Il indique qu'il faudra sans doute exceptionnellement demander au Tribunal fédéral de trancher la question.

Reto Brand parle ensuite du modèle de descriptif de cas, entre-temps remanié, que l'OFJ utilisera pour les demandes qu'il est prévu d'approuver. Ce modèle est le résultat des discussions et des remarques de la commission. L'OFJ n'utilisera plus que celui-là. La commission délibère brièvement, en particulier sur un passage du modèle qui indique quels états de fait ne peuvent pas servir à attester juridiquement la qualité de victime au sens de la LMCFA. Elle recommande qu'on biffe ce passage, qu'elle juge non déterminant pour la prise de décision, et qui contient des formulations pouvant être mal comprises (en cas de maintien du passage, il faudrait les adapter). L'unité MCFA approuve la suppression.

---

<sup>1</sup> Arrêt du TAF B-6185/2020 du 30 mars 2022 (voir <https://www.bvger.ch/bvger/fr/home.html> > Jurisprudence > Base de données des arrêts du TAF > mot-clé B-6185/2020).

À titre de dernier point, le président revient sur le traitement prioritaire des demandes de personnes très âgées ou (gravement) malades. Cette règle était née du souci de trancher plus rapidement les demandes de personnes dont la durée de vie restante était courte afin qu'elles puissent le cas échéant obtenir plus vite la contribution de solidarité qui leur était due, et ce dans le contexte du nombre de demandes élevé escompté lors de l'entrée en vigueur de la loi. Or on a pu dans l'intervalle réduire les retards accumulés et la situation est à présent plus confortable. Le temps est donc venu de réexaminer la pratique et les processus adoptés et de les optimiser. L'OFJ est ouvert à d'éventuelles adaptations légères.

Urs Allemann se prononce en faveur d'un traitement prioritaire des dossiers de personnes âgées, car leur état de santé peut tout à coup se dégrader rapidement. Barbara Studer aimerait savoir combien de temps la procédure express appliquée aux personnes très âgées ou très malades permet de gagner. Yves Strub explique que les requérants qui bénéficient de cette procédure obtiennent la décision et surtout la contribution jusqu'à deux mois plus tôt que ceux dont la demande est traitée en procédure normale. Christian Raetz revient sur le traitement prioritaire en cas de maladie (restreignant la qualité de vie) et sur le fait que la pratique de l'OFJ exige que l'état de santé de la personne concernée soit susceptible de se dégrader rapidement. De l'avis du président, ce critère est l'indice d'une espérance de vie restreinte. Une personne malade est selon lui toujours prioritaire lorsque l'espérance de vie est considérablement réduite pour des raisons médicales (plus que quelques semaines ou mois à vivre) ; c'est par exemple le cas aussi d'une personne qui aurait déjà subi plusieurs infarctus. Après délibération, la commission se rallie aux règles de priorité après prise en considération des petites adaptations et précisions évoquées.

## **2 Discussion des dossiers individuels**

### **2.1 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)**

Pour un cas de la liste de décembre 2021, le président avait souhaité des éclaircissements en rapport avec les atteintes dépeintes, considérant que les indications fournies n'étaient pas suffisantes. L'unité MCFA s'en est chargée et continue d'être en faveur de l'acceptation de la demande. Le requérant a en effet donné des détails sur les violences physiques et psychologiques subies lors des placements. La commission consultative se rallie à cette proposition.

### **2.2 Cas abordés lors de précédentes réunions**

- Lors de la dernière séance de la commission, les membres ont souhaité des éclaircissements relatifs aux atteintes subies dans un cas donné. L'unité MCFA s'en est chargée et s'est sentie renforcée dans sa proposition d'approuver la demande. Le président, contacté avant la séance, étant parvenu à la même conclusion, l'unité MCFA a déjà envoyé une décision positive. Dans ce cas spécifique, la demande n'est parvenue aux membres que pour information et prise de position ultérieure.
- Lors de la dernière séance également, les membres ont demandé à l'OFJ de retravailler le descriptif d'un cas et en particulier l'appréciation juridique. Après s'être exécutée, l'unité MCFA continue de proposer l'acceptation de la demande. S'appuyant sur la version remaniée des motifs, la commission consultative se rallie à cette proposition.

### **2.3 Nouveaux cas**

L'unité MCFA a soumis neuf nouveaux cas à la commission pour la séance de ce jour, proposant d'en rejeter sept et de mener une discussion s'agissant des deux autres (cas limites). Après discussion approfondie de chaque cas, la commission recommande d'accepter une demande et d'en rejeter sept. La commission n'a pas pu parvenir à une

recommandation conjointe à propos du dernier cas, malgré de longues délibérations, et remet la décision entre les mains de l'OFJ, qui en informera les membres lors de la prochaine séance.

### **3 Valorisation des résultats de la recherche (situation actuelle)**

Reto Brand annonce que le concept de valorisation est prêt et qu'il se trouve auprès de la Direction de l'OFJ. Les premiers signaux sont positifs. Il est prévu que le département et, en dernier ressort vraisemblablement le Conseil fédéral, se prononcent sur les modalités d'exécution du mandat légal (art. 15 LMCFA). Il sera ensuite plus facile de fournir des informations sur le sujet. Il faudra en tous les cas tenir compte des résultats du PNR 76, qui devraient être publiés en 2024. Reto Brand estime que l'essentiel des mesures prévues devraient pouvoir s'appliquer à l'horizon 2024-2027, pour autant que le Conseil fédéral donne son accord. Il s'impose bien entendu de commencer la planification et les travaux préparatoires en amont.

### **4 Projets d'entraide (situation actuelle)**

Yves Strub annonce que l'OFJ a approuvé une aide financière en faveur du projet « Pauvreté-Identité-Société » d'ATD Quart Monde. L'OFJ avait déjà soutenu un projet d'ATD Quart Monde (« Bâtir ensemble un savoir émancipateur au bénéfice de tous ») en 2019, lequel permettait aux personnes concernées d'échanger sur des sujets centraux (par ex. la pauvreté et les mesures prises par les autorités) avec des spécialistes de la pratique et des chercheurs dans le cadre de conférences et de petits groupes de travail, de donner leur avis et de faire part de leurs besoins. Il s'agit, dans le cadre du nouveau projet, de mettre le résultat des discussions par écrit dans une sorte de rapport de synthèse. Les personnes concernées joueront un rôle majeur dans la conception et l'élaboration du rapport, mais aussi dans sa diffusion auprès des institutions, etc.

Pour conclure, Yves Strub rappelle que la fête estivale, essentiellement financée par la Fondation Guido Fluri, se tiendra en juin et constituera une sorte de Bistrot d'échange étendu. Il décrit la fête estivale comme un événement important pour les personnes concernées et comme une plateforme d'échange idéale. Cette fête contribue notamment à mettre en œuvre l'art. 12 OMCFA.

### **5 Varia**

La prochaine réunion de la commission consultative aura lieu le 23 août 2022 de 10h à 14h. Les membres seront informés peu de temps auparavant des modalités de sa tenue (en présentiel ou non), et le cas échéant du lieu.

Le président remercie tous les membres de la commission et les collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et leur collaboration constructive à la réunion de ce jour.

La réunion est levée à 13h30.